

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. 1948-1948 1948

83 (25.9.1948)

DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Druckverlag: Dienstag, Donnerstag, Samstag / Monatsbetrag: DM 1,80
einw. Trägertakt, bei Postbes. DM 2,16 / Anzeigen nach Preisliste 3
Unverlangt eingegangene Manuskripte können nicht zurückgesandt werden

Breisgau Markgräflerland Kaiserstuhl

Telefon: Verlag u. Redaktion Lehr 2205 / Postcheckkonto: Freiburg i. Br. 4400
224 Kallstraße 2044 / Bankkonto: Oberbayerische Bank, Zweigstelle Lehr
Keine Ersatzanfertigung bei Störung durch bib. Gewalt / Telegramm: Neobaden

NR. 83 / 2. JAHRG.

SAMSTAG, DEN 25. SEPTEMBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

Erste Debatten im Palais Chaillot

Marshall über Haltung der USA zu UN-Fragen — Polen polemisiert gegen Luftbrücke und Marshall-Plan
Spanische Frage soll erörtert werden

Paris. Außenminister Marshall brachte am Donnerstag in der allgemeinen Debatte der UN-Vollversammlung seine „tiefe Bestürzung“ über die fortgesetzte Weigerung einer kleinen Minderheit zum Ausdruck, sich an der Arbeit der Vereinten Nationen zu beteiligen. Noch bedeutender als dieser Boykott, sagte Marshall, sei jedoch der Mangel an Zusammenarbeit bei der Lösung solcher Fragen wie Korea und Griechenland und beim Zustandekommen einer internationalen Kontrolle der Atomenergie.

Marshall legte dann die Haltung der USA zu den Fragen dar, mit denen die UN sich zu befassen haben:

1. Regelung der Palästinafrage, wirtschaftliche Unterstützung der Juden und Araber, und Aufnahme Transjordanien und Israels in die UN.

2. Ein geeintes und unabhängiges Korea, dessen Regierung aus freien Wahlen hervorgegangen ist und das als Mitglied der UN zugelassen wird.

3. Griechenland muß vor aggressiver und ungesetzlicher Einmischung von außen geschützt werden.

4. Lösung der Indonesienfrage auf dem Verhandlungsweg, souveräne Unabhängigkeit für das indonesische Volk und Zusammenarbeit zwischen ihm und den Niederlanden.

5. Friedliche Beilegung des Konfliktes zwischen Indien und Pakistan über Kaschmir.

6. Einführung eines internationalen Systems für die Atomenergie-Kontrolle, das eine militärische Verwendung von Atomwaffen ausschließt.

7. Fortschreitende Abrüstung in dem Maße, wie es die Wiederherstellung des politischen Vertrauens gestattet und mit hinreichenden Garantien gegen Übertretungen.

Lösung einiger Probleme geben der Welt neue Hoffnung

Falls konstruktive Maßnahmen zur Lösung einiger dieser Probleme getroffen werden können, sagte Marshall, dann könnten die Nationen der Welt wieder neue Hoffnung und Zuversicht haben.

Es muß alles darangesetzt werden, eine baldige und gerechte Friedensregelung zu finden, damit Japan und Deutschland — gegen Garantien vor einem Wiedererstarken des militärischen und wirtschaftlichen Aggressionspotentials — als demokratische und friedfertige Nationen bestehen und zu gegebener Zeit ihre Eignung zur Aufnahme in die UN beweisen können.

In Oesterreich soll die politische und wirtschaftliche Freiheit innerhalb der Grenzen von 1937 wiederhergestellt werden. Die USA treten für eine sofortige Aufnahme Oesterreichs in die UN ein.

Marshall appellierte dann an die Delegier-

ten, die Erklärung der Menschenrechte mit überwältigender Mehrheit zu billigen.

Modzelewski: Warschauer Programm einzigt Lösung

Der polnische Außenminister Modzelewski, der nach Außenminister Marshall das Wort ergriff, nahm gegen die Luftbrücke, die Londoner Deutschlandkonferenz sowie die amerikanische Intervention und die Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland Stellung. Das Problem des deutschen Friedensvertrages, sagte Modzelewski, ist keine Angelegenheit der Vereinten Nationen. Dennoch beabsichtigt der UN-Generalsekretär diese Frage vor die UN zu bringen. Die Deutschlandfrage wird nur durch eine Verständigung unter den Außenministern der Großen Vier gelöst werden. Die Londoner Konferenz sei ein Instrument zur Zerstückelung Deutschlands gewesen. Das einzige Programm zu einer friedlichen Lösung der Deutschlandfrage sei auf der Warschauer Konferenz aufgestellt worden.

Modzelewski trat anschließend für das

Recht Griechenlands ein, sein Schicksal selbst zu gestalten und griff die „Diktatur“ dieses Landes an. Er verlangte die Erörterung der spanischen Frage, empfahl die Aufnahme Israels in die Vereinten Nationen und griff bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Probleme, die die UN zu lösen haben, den Marshall-Plan an.

Empfehlung einer „dritten Kraft“

Der Leiter der philippinischen Delegation, Carlos Romulo, appellierte an die Großmächte, zu einer Einigung zu gelangen und schlug vor, daß sich die kleinen Nationen zu einer „dritten Kraft“ als Gegengewicht gegen die Großmächte zusammenschließen sollten.

Auf der Nachmittagsitzung befahl die von venezolanische Delegierte Andres Eloy Bianco mit der Spanienfrage und erklärte, das Regime in Spanien sei eine rein spanische Angelegenheit und eine Feindseligkeit gegen dieses Regime komme einer Feindseligkeit gegen das spanische Volk gleich.

Die Vollversammlung trat am Freitag 10.30 Uhr wieder zusammen, um die allgemeine Debatte fortzusetzen.

USA-Vorschlag zur Demontage-Einstellung

In der französischen Zone würden davon 90 Werke betroffen werden

Washington. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat, wie hier am Donnerstag von zuständiger Seite verlautet, die britische und französische Regierung gebeten, die Demontage gewisser Industriewerke in ihren Besatzungszonen in Deutschland einzustellen. Es soll sich dabei um alle die Werke handeln, für deren Erhaltung sich der ERP-Administrator Paul G. Hoffman entscheidet.

Die amerikanische Regierung hat, wie weiter bekannt wird, keinen allgemeinen Demontagestop vorgeschlagen. Es soll vielmehr lediglich der Abrüstungsplan solcher Anlagen aus Deutschland eingestellt werden, deren Verbleib gegebenenfalls als für den gesamt-europäischen Wiederaufbau erforderlich anerkannt wird.

Inzwischen ist ein von ERP-Administrator Paul G. Hoffman eingesetzter beratender Ausschuss damit beschäftigt, eine endgültige Liste derjenigen Werke aufzustellen, die nach seiner Ansicht auch trotz etwaiger britischer und französischer Einsprüche endgültig in Deutschland verbleiben sollen. Die in Frage kommenden Kategorien deutscher Fabriken sollen bereits im großen und ganzen festliegen.

Der amerikanische Vorschlag zur Einstellung der Demontage umfaßt, wie weiter verlautet, annähernd neunzig Werke in der französischen Zone. Die Zahl der in der britischen Zone betroffenen Fabriken ist noch nicht bekannt. Angesichts der dort größeren Industriedichte dürfte sie jedoch erheblich höher sein.

Großbritannien für Notfall gewappnet

Bedeutende Verstärkung von Heer, Marine und Luftwaffe

London. Der britische Verteidigungsminister Lord Albert Alexander gab im Unterhaus Pläne bekannt, die Großbritannien für jeden Notfall wappnet sollen. Das Mobilisierungssystem sei erneuert worden, und wenn der unglückliche Fall eintreten sollte, daß dieses System angewandt werden müsse, so werde sich herausstellen, daß es zufriedenstellend funktioniere.

Es liege auf der Hand, daß eine kollektive Sicherheit gegenwärtig nicht existiere. Großbritannien sei verpflichtet, seine Streitkräfte in einem Zustand zu erhalten, der es ermögliche, sie im Notfall unverzüglich zu vergrößern und einen vollen Beitrag zur kollektiven Sicherheit zu leisten. Großbritannien setze sich angesichts seiner Verpflichtungen mit allen Mitteln für die Westunion ein.

Der Verteidigungsminister gab bekannt, daß die Truppen nach und nach mit neuartigen Waffen ausgerüstet würden und daß die geplante Produktionsrate für Düsenjäger nahezu verdoppelt worden sei. Die übrige Flugzeugproduktion werde durch zusätzliche Schichten gesteigert. Auch die Fertigung

neuer Panzer sei erhöht und die Produktion von Handwaffenmunition nahezu verdoppelt worden. Der Produktion von Flugabwehrmunition, erklärte Lord Alexander, und das Bauprogramm der Marine für Kriegsschiffe seien bedeutend beschleunigt worden. In den nächsten Monaten werde die Stärke der Territorial-Reservearmee um nicht weniger als 100.000 Männer und Frauen vernehrt. Die Streitkräfte würden im nächsten Januar über 825.000 Soldaten umfassen. Ein Werbefeldzug für die Rekrutierung von Reservisten für die Armee, die Royal Air Force und die Marine wird am 2. Oktober eingeleitet werden.

Revision des Urteils an Berliner Demonstranten

Berlin. Das Hauptmilitärtribunal der SMV verkündete am Donnerstag die neuen Strafmaße für die fünf am 13. September zu je 23 Jahren Arbeitslager verurteilten Berliner Demonstranten. Reinhold Göpfer und Günther Grams erhielten je acht, Dieter Linke vier, Klaus Schiller drei und Horst Stern ein Jahr Arbeitslager. Bei Stern, dem Bewährungsfrist zubilligt wurde, wurde sofortige Haftentlassung angeordnet.

Ost-Polizei erhält Verstärkung

Berlin. Nachdem bereits am Mittwoch 95 ehemalige deutsche Kriegsgefangene durch ehemalige deutsche Kriegsgefangene der Sowjetunion einer besonderen politischen Schulung unterzogen wurden, zur Verstärkung der Sowjetzonen-Polizei in Schwerin eintrafen, erwartet die mecklenburgische Landespolizei weitere zwei- bis dreihundert neue Polizeikräfte aus den Kriegsgefangenenlagern der Sowjetunion. Ein Teil der neu eingetroffenen Polizisten soll in erster Linie den Offizierstab der Sowjetzonen-Polizei ergänzen. Wie weiter verlautet, sollen insgesamt fünftausend ehemalige deutsche Kriegsgefangene in die Sowjetzonen-Polizei eingereiht werden.

Der permanente Krieg

Die Hoffnung, es werde der Zähigkeit der westlichen Diplomaten gelingen, mit dem Kreml zu einem Übereinkommen zu gelangen, das der gequälten Welt wenigstens für einige Jahre Ruhe und Frieden schenken würde, hat sich nicht erfüllt. Der kalte Krieg geht nicht nur weiter, er hat sich in Berlin schon fast bis zum heißen Krieg gesteigert und die ersten Todesopfer gefordert. Es waren Deutsche, die unter den Kugeln der Sowjet-Polizei und ihrer deutschen Helfershelfer gefallen sind. Damit wird mit einem Schlage die furchtbare Tragik enthüllt, unter der wir Deutsche seit Kriegsende zu leben und — wie die Schüsse von Berlin zeigen — möglicherweise auch zu sterben haben. Als geographische Mitte und als strategisches und politisches Glacis des Kampfes zwischen Ost und West sind wir zwischen die Mühlsteine eines titanenhaften Ringens geraten. Und wo immer in diesem Ringen Opfer gefordert werden, sind wir es in erster Linie, die sie zu bringen haben. Das ist die eine tragische Verkettung. Die andere aber ist dies: jetzt, nachdem die überwältigende Mehrheit der deutschen Völker für ein freies Leben in einem demokratischen Staatenbund bereit und aufgeschlossen ist, sind die Sieger nicht in der Lage, ihm die versprochene Freiheit und die versprochene Demokratie zu bringen. Und hier beginnt die tragische Verkettung über das Schicksal Deutschlands hinaus weltweites Format anzunehmen.

Denn Deutschland ist nur ein Schauplatz des weltpolitischen Ringens zwischen Ost und West. Wo überall heute in der Welt die Waffen der Propaganda oder schon wieder oder noch die Waffen des Krieges sprechen, letzte Ursache ist immer wieder die Uneinigkeit zwischen den Siegermächten, mögen die Anlässe auch sein wie sie wollen. Wären nämlich die Siegermächte im Frieden so einig, wie sie es im Krieg waren, dann würde ihr gewaltiges politisches, wirtschaftliches und militärisches Übergewicht allein schon genügen, jede aufflackernde Kriegshandlung, wo immer es auch sein mag, im Keim zu ersticken. Nachdem sich jedoch die große Kriegskoalition als Scheinkoalition enthüllt hat, beginnt die weltpolitische Krise sich wie eine Seuche über den ganzen Erdball hin zu verbreiten.

Heute herrscht in den westlichen Hauptstädten kein Zweifel mehr darüber, daß der Preis, der für die östliche Waffenhilfe bezahlt wurde, zu hoch war und daß er sich möglicherweise sogar noch um die Kosten und Opfer eines dritten Weltkrieges erhöhen wird. Wenn man die Memoiren Churchills liest, dann stellt man mit einem gewissen Schrecken fest, daß Churchill offensichtlich der Überzeugung war, mit der Niederlegung des Faschismus und Nationalsozialismus sei das Zeitalter der politischen Raubtiere abgeschlossen und das des politischen Hautieres würde beginnen. Welch ein Trugschluß von einem Manne, der sich einer eingehenden Kenntnis des Bolschewismus rühmt. Immerhin, Churchill ist heute ein alter Mann und es steht ihm zu, mit der Weisheit des etwas müde gewordenen Alters die Moral der Gewaltlosigkeit zu predigen. Leider ist unsere Zeit noch nicht so abgeklärt, wie Churchill es gerne haben möchte. Das Verhalten des Kreml dürfte inzwischen auch ihm einen drastischen Anschauungsunterricht darüber geliefert haben, daß guter Wille von einer Seite allein nicht genügt.

So sind wir heute von einer Konsolidierung der weltpolitischen Lage noch sehr weit entfernt. Der ganze Erdball scheint zu einem einzigen neuralgischen Punkt geworden zu sein: in Berlin wird auf die Anhänger der Demokratie geschossen, in Osteuropa vollendet sich der gewaltsame Tod der Freiheit unter den Trommelwirbeln östlicher Exekutivkommandos, in Palästina endet der Vermittler der Vereinten Nationen durch Mord, das Dominion Hindustan überfällt Haidarabat mit der lächerlichen Begründung, es wolle in dem feudalen Fürstentum die Demokratie einführen — als wenn Hindustan heute schon eine Demokratie wäre und wenn dies ein Recht auf Gewalt geben würde! —, in China geht der Krieg weiter, als sei Krieg der Normalzustand, in Malaya, in Burma, in Indonesien — überall Krieg, Unruhen und Krisen.

Der politische Optimist mag geneigt sein, diese Erscheinungen als Geburtwehen einer neuen und besseren Welt zu betrachten. Leider gibt es aber auch Totgeburt, und die Welt steht heute dem Tod durch Atombomben und Bakterien näher als einem neuen Leben. Zwar lagen jetzt wieder die Vereinten Nationen (schon der Name sollte eigentlich eine Verpflichtung sein) in Paris, doch der unheilvolle Riß, der die Welt in zwei Lager teilt, geht auch durch dieses Gremium.

Solange bei den Vereinten Nationen das Vetorecht in der bisherigen Form bestehen bleibt, ist diese Institution praktisch aktions-

Verschiebung der Kantonalwahlen in Frankreich

Paris. Die französische Nationalversammlung entschied sich in der Nacht zum Freitag mit 304 gegen 279 Stimmen für die Verschiebung der im Oktober fälligen Kantonalwahlen bis zum März des kommenden Jahres. Zwei Mitglieder der französischen Regierung, Wiederaufbauminister Petiti und Staatssekretär für Informationsfragen Mitterand, beabsichtigen ihren Rücktritt einzureichen, wenn die Kantonalwahlen nicht planmäßig durchgeführt werden.

Mehrheit für Bundespräsidenten

Kommende Woche Diskussion über Zweite Kammer

Bonn. Wesentliche Teile des UN-Entwurfes für die Weltrechte sollen, wie Dena erfährt, in den Grundrechtskatalog für die vorläufige Verfassung Westdeutschlands aufgenommen werden. Der Ausschuss für Grundgesetzfragen stellte bis zum Donnerstag die ersten vier Artikel des Grundgesetzes nach Vorschlägen seines Unterausschusses fertig.

Im Ausschuss für Wahlrecht sprachen sich Dr. Becker (FDP), Dr. Diederichs (DPD) und Hugo Paul (KPD) am Donnerstag für ein modifiziertes Verhältniswahl-system aus, während Dr. Kroll (CDU) für das Mehrheitswahlsystem eintrat.

Der Ausschuss für Organisationsfragen behandelt nach Mitteilung seines Vorsitzenden, Dr. Lehr, im einzelnen den Bundestag, der

etwa 300 bis 400 Mitglieder haben soll. In der Frage des Bundespräsidiums sprach sich die überwiegende Mehrheit des Ausschusses für einen Bundespräsidenten aus. Die Frage, ob die Bundesregierung befristet oder unbefristet gewählt werden soll, ist noch nicht entschieden. Schließlich wurde zum Studium der Frage des Verfassungsgerichts eine Drei-Mann-Kommission ernannt, die dem Ausschuss vortragen soll. In der Frage der Zweiten Kammer soll in der nächsten Woche entschieden werden. Bisher liegen dem Ausschuss drei Vorschläge vor: 1. Bundesrat, 2. Senat, 3. ein Kompromißvorschlag, der den Ländern die Möglichkeit geben will, neben Fachleuten (wie beim Senat) auch Kabinettsmitglieder (wie beim Bundesratsprinzip) in die Zweite Kammer zu wählen.

unfähig. Damit aber verlagert sich das ganze Gewicht westlicher Verantwortung auf die USA. Mag man es wahrhaben oder nicht, die Welt hat heute nur noch zu wählen zwischen dem amerikanischen Zeitalter der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit und dem sowjetischen Zeitalter der kollektivistischen Sklaverei. Jedes politische Ereignis, wo immer in der Welt es sich auch abspielt, steht im Schatten dieser Entscheidung.

Und so ist nicht zu erwarten, daß der kalte Krieg zwischen Ost und West beendet werden kann. Es hat sogar den Anschein, als stünde die Welt vor einer neuen Offensive der Sowjets von Malaya bis Frankreich. Die einzige wirkliche Stütze des Westens sind und bleiben vorerst die Vereinigten Staaten.

Bayerische Parteizeitungen erscheinen wöchentlich. Die in Bayern lizenzierten politischen Parteien haben von der amerikanischen Militärregierung die Genehmigung erhalten, ihre Mittlungsblätter ab 1. Oktober wöchentlich herauszugeben.

Bevin zum Deu'schland-Problem

Luftbrücke auch im Winter möglich — Deutschlands Industriekapazität soll friedensmäßiges Bedürfnis überschreiten, sagt Bevin

London. *Der britische Außenminister Ernest Bevin nahm Mittwoch nachmittag in einer außenpolitischen Erklärung vor dem Unterhaus zu dem Deutschland- und Palästina-Problem Stellung.

Betriebsrätegesetz vor dem Landtag

Freiburg (Eigenbericht). Zu Beginn der Sitzung des badischen Landtags vom Donnerstag teilte Landtagspräsident Dr. Person mit, daß er dem kürzlich verunglückten demokratischen Abgeordneten Dr. Wealdin die Gesetzesentwürfe des Hauses übermittle.

Zu einem Antrag zur Aenderung der Gemeindeordnung erklärte Abg. Menges (DP) als Berichterstatter, daß die vor einiger Zeit erfolgte Neufassung der Bedenken der Militärregierung gefunden habe. Der Rechtsausschuß hätte den beanstandeten Abschnitten nunmehr eine neue Form gegeben.

Vor der Debatte über den Entwurf eines Landesgesetzes zur Bildung von Betriebsräten stellte Abg. Weißer (DP) den Geschäftsordnungsantrag, der Landtag möge beschließen, die Vorlage von der Tagesordnung abzurufen, da der Inhalt sowohl des Betriebsrätegesetzes als auch des Fachkommissionensgesetzes der Regelung auf der Bundesebene vorbehalten bleiben sollte.

Fraktion könne die Schaffung des Gesetzes nur Sache des zukünftigen Bundes, zumindestens aber des neuen Staates Baden-Württemberg-Pfalz sein. Im gegenwärtigen Zeitpunkt stehe sie dagegen nutzlose Arbeit ohne jede praktische Bedeutung dar.

Im Verlauf der danach folgenden Debatte führte Abg. Baumer (CDU) aus, daß nicht zuletzt die Intelligenz und Initiative des Unternehmers ein dem deutschen Erzeugnis höchstes Ansehen auf dem Weltmarkt verschafft habe.

Landsparteitag der DP Rheinland-Pfalz

Mainz. Die Demokratische Partei Rheinland-Pfalz hält am 2. und 3. Oktober in Bad Kreuznach ihren Landesparteitag ab. Neben dem Bericht des Landesvorsitzenden Dr. Dohr stehen der Bericht des Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Obergierungsrat Dr. Novack, und ein Referat des Chefredakteurs der „Rheinisch-Pfälzischen Rundschau“, Dr. Josef Ungeheuer, über die Länderfrage auf der Tagesordnung.

Geheimkonferenz in UdSSR

Washington. Eine Geheimkonferenz leitender Persönlichkeiten der sowjetischen Satellitenstaaten hat nach Ansicht amerikanischer diplomatischer Kreise in der Sowjetunion stattgefunden oder ist noch im Gange.

Diese Vorgänge werden, wie amerikanische Regierungsbeamte erklären, in Washington aufmerksam verfolgt, weil wichtige außenpolitische Maßnahmen der UdSSR oft das Ergebnis von Geheimkonferenzen gewesen seien.

Noch kein Termin festgesetzt für Zusammenschluß Jela-Officomez

Frankfurt. Für den Zusammenschluß der Jela und der französischen Außenhandelsorganisation Officomez, der nach einer Mitteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland am 1. Oktober dieses Jahres erfolgen sollte, ist, wie hier am Donnerstag aus Kreisen der Jela verlautete, noch kein endgültiger Zeitpunkt festgelegt worden.

Briefe an die Redaktion:

Mehr Initiative!

Es heißt, daß im Lande Südbaden auf dem Schwarzwald Mtengel an Gemüse herrscht. Es heißt weiter, daß im gleichen Lande in der Rheinebene und am Bodensee Gemüse derartig im Überfluß vorhanden ist, daß Gefahr besteht, es durch Schlichtwerden für die Ernährung der Bevölkerung zu verlieren.

Natürlich sind Anhänger der Zwangsabwirtschaftung nun geneigt, dies Versagen einer Händlerschicht zu verallgemeinern und zu behaupten, daß eben staatliche Zwangsabwirtschaftung besser und wirksamer sei für die Bevölkerung. Ich möchte behaupten, daß es sich nur um eine gewisse Lethargie handelt.

So ist also umgekehrt zu schließen: Nicht die Zwangsabwirtschaftung, die die gesunden Instinkte und Fähigkeiten zerstört hat, muß erzwungen werden, sondern die oben erwähnte Fraktion auf dem kleinsten Gebiet der Wirtschaft dem Konkurrenzmarkt, wie er heute ist, ist, daß wir absehbare von ihr frei werden, um nicht in völlige Fatherte zu verfallen!

Lezter Versuch der Westmächte

Paris. Die am Mittwoch von den Westmächten der Sowjetunion zugestellte Note wird von Beobachtern in der französischen Hauptstadt als ein letzter Versuch angesehen, die Sowjetunion für eine Lösung der Berliner Krise zu gewinnen.

Suche nach Bernadottes Mörder

Tel Aviv. Der Ministerpräsident Israels, David Ben Gurion, gab hier am Donnerstag bekannt, daß eine Belohnung von fünftausend Pfund Sterling für Mitteilungen ausgesetzt worden ist, die zur Ergreifung des Mörders des Grafen Bernadotte führen.

Elternbeiträge für Lehranstalten

Freiburg. Das südbadische Kultus- und Unterrichtsministerium hat laut Südens für sämtliche Volksschulen, höhere Lehranstalten sowie Berufs- und Fachschulen ehrenamtlich tätige Elternbeiräte bestellt, die als beratende Organe der Schulbehörden fungieren.

Lebt Hitler noch?

Von Michael M. Musmanno / Richter beim Internationalen Militärtribunal in Nürnberg

Alleiniges Copyright für die amerikanische und französische Zone Deutschlands by DENA, Deutsche Nachrichten-Agentur. Copyright 1948 by Pittsburgh Press Co., Distributed by United Feature Syndicate, Inc. - Unberechtigter Nachdruck verboten.

4. Fortsetzung

Kapitel 5

Tatsachen gegen Theorien

Hitler ist tot. Man weiß, wer mit ihm im Bunker war. Viele davon kamen ums Leben. Einige konnten entkommen, wurden jedoch später von den Alliierten gefangengenommen. Andere gerieten sofort in Gefangenschaft.

Gerüchte, daß Hitler am Leben sei, entstehen jeder Grundlage. Als wichtigste Zeugnisaussage ist die von Arthur Axmann anzusehen, der den Schuß gehört und die Leiche von Adolf Hitler und Eva Braun gesehen hat.

Dann haben wir die Aussage von Hitlers Fahrer, Erich Kempka, der die Leichen verbrannte. Im Laufe von vier Monaten habe ich Kempka bei vier oder fünf verschiedenen Gelegenheiten befragt und auch ins Kreuzverhör genommen.

Neu, der Wachmann, der Hitlers Leiche im Garten liegen gesehen hatte, erklärte mir: „Ich will tot umfallen, wenn mir jemand Hitler tot oder lebendig zeigen kann!“

Ich habe alle Überlebenden gesehen, die mit Hitler während des letzten Monats seines Lebens in näherem Kontakt gestanden haben. In Gerichtssälen, Gefängnissen, Internierungslagern und in ihren Wohnungen haben sie mir Hitlers letzte Tage und seinen Tod geschildert, und zwar mit einer solchen Fülle von Einzelheiten, daß es absurd wäre, noch von einem Geheimnis über Hitlers Tod zu sprechen.

Über das mündliche Beweismaterial hinaus liegen Dokumente und Tagebücher vor, die Aufschluß über diesen Zeitraum geben. Das Tagebuch von Hitlers Diener Lingke ist eine äußerst wertvolle Grundlage für die Rekonstruktion der Ereignisse jener Tage.

Einige Leute, darunter der Schriftsteller Emil Ludwig, halten es für möglich, daß es ein Doppelgänger Hitlers war, der starb und verbrannt wurde.

Es liegen nicht die geringsten Beweise dafür vor, daß Hitler jemals einen Doppelgänger hatte. Eine solche Annahme würde bedeuten, daß Hitlers Doppelgänger mit den Bunkerinsassen hätte bekannt gemacht, getötet und in den Garten gebracht werden müßte.

sen, ohne daß es jemandem aufgefallen wäre.

Dies würde außerdem bedeuten, daß Hitler allein aus dem Bunker herausgeschlichen wäre, sich allein durch die russischen Linien durchgeschlagen hätte und nun - seit über drei Jahren - irgendwo lebe, wo ihn niemand wiedererkennen kann.

Niemand konnte den Bunker betreten oder verlassen, ohne peinlichst genau kontrolliert zu werden. Daß es möglich wäre, den Wachen Adolf Hitler in doppelter Auflage zu präsentieren, ohne daß es entdeckt worden wäre, ist eine ebenso lächerliche Vorstellung wie etwa zu glauben, Eva Braun hätte so gefaßt werden können, daß sie einen Fremden heiratete, Tage und Nächte mit ihm verbrachte und dann mit ihm in den Tod ging.

Es widerspricht dem gesunden Menschenverstand, etwa anzunehmen, daß alle die Vielen, die im Feuer des Verbots und Kreuzverhörs gestanden haben, sich auf einen Bericht geeinigt haben sollten, ohne daß dies durch Abweichungen oder Widersprüche entdeckt worden wäre.

Ich habe mich des öfteren mit Hanna Reich in ihrer Wohnung in Oberursel unterhalten. Den Gedanken, Hitler könne etwa noch am Leben sein, erklärte sie für absurd.

Hitlers körperliche Verfassung, sagte sie, hätte es ihm unmöglich gemacht, den Bunker zu verlassen. Die Arado 96, mit der Hanna Reich Berlin verließ, war das letzte verfügbare Flugzeug. Sie hatte überhaupt die letzte Möglichkeit ergriffen, Berlin auf dem Luftwege zu verlassen, denn schon wenige Stunden später wären alle Flugplätze und Straßen in den Händen der Russen.

wäre, hätte es keine Möglichkeit mehr gegeben, damit zu starten. Dies wird auch durch die Tatsache schlüssig bewiesen, daß Hitlers Piloten, Oberführer Hans Bauer und Stabschef Leutnant Hans Baur, die sich bei Hitlers Tod noch im Bunker befanden, bei ihrem Versuch zu entkommen, nicht den Luft-, sondern den Landweg wählten. Wäre ein Entkommen auf dem Luftwege noch möglich gewesen, dann hätten diese beiden ihn bestimmt gewählt.

Da es also nach dem 29. April nicht mehr möglich war, mit dem Flugzeug zu entkommen, Hitler sich aber unbestreitbar am 30. noch im Bunker befand, hätte er höchstens im Kraftwagen entkommen können. Kempka, der nicht nur als Hitlers Fahrer fungierte, sondern auch für die Garage der Reichskanzlei verantwortlich war, bestätigte, daß alle Wagen durch Artilleriefeuer und Luftangriffe zerstört worden waren. Aber selbst wenn ein Wagen zur Verfügung gestanden hätte, wäre ein Entkommen unmöglich gewesen, da alle Straßen, die von der Reichskanzlei wegführten, in russischer Hand waren.

Um zu Fuß zu fliehen, war Hitler schon zu schwach. Daß er herausgetragen und in Sicherheit gebracht wurde, ist angesichts des starken Beschusses ebenfalls äußerst unwahrscheinlich. Außerdem wäre dann das ziemlich sicher gewesen, was Hitler am meisten fürchtete: Gefangennahme, Demütigung und durch die Straßen Berlins geschleift zu werden.

Schluß folgt!

DAS NEUE BADEN

Vor- und Nachdruck: Redaktion: Günter Admann Verlag Demokratische Verlage GmbH, Lehrsche Ausbeute der Redaktion: Lehrsche, Post 330 Tel. 333. Druck: Moritz Schausburg, Lehrsche - K. & H. Greiser, Bastatt (Baden). - Sidewestruck K.-G. Lörach. - A. Reiff & Cie., Otfenburg (Baden).



FREIBURGER CHRONIK

Preise

Die Öffentlichkeit beschäftigt sich rege mit den in den letzten Wochen feststellenden Preissteigerungen. Der Vorwurf bezieht sich freilich nicht auf die Gesamtheit unserer Geschäftsleute...

Wirtschaftsfragen der DP

Dr. Hoffmann (Schönau) spricht vor Freiburger Wirtschaftskreisen

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der DP, Dr. Hoffmann (Schönau) ergriff am Dienstag im Sitzungssaal der Industrie- und Handelskammer das Wort, um vor Freiburger Geschäfts- und Wirtschaftskreisen die wirtschaftlichen Richtlinien der DP zu erläutern...

Der Schwazwaldverein, Ortsgruppe Freiburg, unternimmt am Sonntag eine Tageswanderung mit der Route: Jenthal, Lindenberg, Rechenbach, Burg, Kirchzarten.

Der Festakt zur 100-Jahr-Feier der Inneren Mission

„Christliche Liebestätigkeit ist nicht Liebhaberei einiger Spezialisten, sondern Anliegen aller“, erklärte Landesbischof Dr. Bender in seiner Festansprache im Kaufhausaal zu Freiburg anlässlich der 100-Jahrfeier der Inneren Mission.

Dr. Oetkers Puddingpulver für DM 1.50!

Kleines Kapitel Freiburger Preispolitik — Nur ein Teil der Geschäftsleute ohne Disziplin

Weite Kreise der Bevölkerung sehen mit kritischen Augen auf die Entwicklung der Preise und geben auch ihrem Ärger darüber Ausdruck, daß die Forderungen einiger Geschäftsleute den normalen Rahmen um ein Wesentliches übersteigen.

So wurde in einem Milchgeschäft in der Freiburger Nordstadt für ein Päckchen „Dr. Oetkers Pudding-Pulver“ nicht weniger als 1.50 DM (in Worten: Eine D-Mark und fünfzig D-Pfennig) verlangt, obwohl auf der Verpackung noch der alte Verbraucher-Höchstpreis von 8 Pf. aufgedruckt war!

Und diese Ware wurde sogar von den Hausfrauen gekauft, um der Familie zum Sonntag einmal eine besondere Freude zu bereiten — anstatt, daß man hingesungen wäre, diesebeutel vor den Augen des gewissenlosen Händlers in Stücke zu zerreißen. Von einer Anzeige würde der Betroffene schon in einem Intervenienzabstand genommen haben.

Wir wollen uns doch einmal im klaren darüber sein, daß die Preise letzten Endes nicht nur vom Geschäftsmann gemacht werden, sondern daß eine entscheidende Rolle auch dem Verbraucher zufällt. Der oben erwähnte Händler hätte diese Ware nie zu

solchen Preisen eingekauft, wenn er nicht gewußt hätte, daß er auch Leute findet, die sie ihm wieder (incl. seinem Verdienst) abkauft. Noch verworflicher ist es aber, daß diese Art von Geschäftsleuten sich so sicher fühlen, daß sie mit einer Anzeige von Seiten ihrer Kundschaft gar nicht zu rechnen scheinen. Oder ist es der Verbraucherschicht nicht bekannt, daß sich heute noch Wucherpreise gehandelt werden?

Das beste Erziehungsmittel gegenüber gewissenlosen Geschäftsleuten ist aber doch wohl die einfache Übergehung der Geschäfte. Man schimpfe nicht nur bei seinen Bekannten über unversehbare Preise, sondern man rücke an die Öffentlichkeit damit. Die Verbraucher täten gut daran, wenn sie ihre Einkäufe nicht nur mit den Augen, sondern auch mehr mit Verstand tätigen würden. Die Vergleiche der Preise in den verschiedenen Geschäften sind wirklich wert, daß man sie aufstellt. So kostet z. B. ein Puddingpulver in einem anderen Geschäft nur 15 Pf., oder ein Reisiermesser (mit Hohlspiegel) wurde von einer Firma unlängst für 6 DM. von einer andern jedoch für 3 DM verkauft, oder ein Reisewecher mit Hohlspiegel von einem Uhrengeschäft für 40 DM. von einem anderen für 26 DM. Dies soll nur ein Hinweis für alle sein, daß man sein Geld da anlegt, wo es auch wirklich preiswert ist.

Es muß freilich darauf hingewiesen werden, daß nur ein Teil der Geschäftsleute an dieser Preishausse Schuld trägt. Zahlreiche andere üben nach wie vor Disziplin und sorgen dafür, daß sowohl ihr Gewerbe wie auch die deutsche Wirtschaft Ansehen und Kredit behält. Mögen diejenigen, die Überpreise fordern, gleichfalls zu dem alten kaufmännischen Grundsatz von Treue und Glauben zurückfinden!

Breisacher Wohnungsbau liegt darnieder

Mangel an Arbeitskräften und Baustoffen — Sofortmaßnahmen dringend erforderlich

Jahrtausende lang war Breisach ein begünstigtes Gut und deshalb Zankapfel der Völker. Hartes und Schweres hat die Stadt und ihre Bewohner stets mitemgemacht. Dauernde Streitigkeiten um den Besitz der Stadt brachten immer wieder schwerste Kriegenote. Im Jahre 1793, wo die Stadt fast vollständig zerstört wurde, entstanden der Stadt und ihren Bewohnern große unersetzliche Verluste und Schäden.

Durch die in der Zwischenzeit aus Erklärungsstätten und Krisenbewußtsein erfolgte Heilkehr von zwei Dritteln der Bevölkerung sowie durch die Beschlagnahme von mit über 100 Wohnungen sind nach und nach die größten Schwierigkeiten in der Beschaffung von Wohnraum entstanden. Die Wohnungskommission steht vor fast unlöslichen Aufgaben und ist bestrebt, die Anfeindungen aller Art auszusortieren. Die verantwortliche Stelle als Vorsitzender der Wohnungskommission ist seit geraumer Zeit verabschiedet, da dieser Posten jedem zu schwer erscheint, so daß eine befriedigende und erspriehliche Arbeit niemals geleistet werden kann.

werden. Auf den vielfachen Einwand, daß der Wiederaufbau sehr langsam vor sich gehe, muß gesagt werden, daß vor allem im Verhältnis zu der starken Zerstörung der Stadt in ungenügender Weise Baumaterialien zur Verfügung gestellt wurden und die vorhandenen Arbeitskräfte für andere Zwecke in Anspruch genommen wurden. Sodann hatte gerade die Stadt Breisach und ihre Bevölkerung keine Möglichkeit, zu kompensieren, d. h. im Tauschwege insbesondere Baumaterialien neu zu beschaffen, wie dies durchweg in anderen Städten und Gemeinden der Fall war.

Die inzwischen eingetretene Währungsreform schlug der Stadt schwere Wunden. Durch den Verlust des gesamten Barvermögens kam der Wiederaufbau ins Stocken; dies wirkte sich in erster Linie auf den Wohnungsmarkt sehr nachteilig aus. Die der Stadt zugewiesene Überbrückungsquote war in kurzer Zeit aufgebraucht, ohne dem Wohnungsbau nur den kleinsten Betrag zur Verfügung stellen zu können. Alle Versprechungen und Anstrengungen sind zwecklos und aussichtslos, wenn die Voraussetzungen der Finanzierung nicht gegeben sind.

Was wurde aufgerufen?

Zucker: Für den September gelangen folgende Mengen zur Ausgabe: Bis zu 3 Jahren Abschn. 45 rd 46 1750 gr., von 3-6 Jahren 1250 gr Abschn. 45 und 46, von 6-20 Jahren 1250 gr Abschn. 45 und 46 und die Kleinabschnitte, an alle Verbraucher über 20 Jahren 1000 gr Abschn. 45, 46 u. die Kleinabschnitte. Schwerarbeiter: Gr. I 100 gr, Gr. II 200 gr, Gr. III 450 gr. Mütterkarten: 450 gr Abschnitt 913.

Fett: Für alle Normalverbraucher als zweite Rate September. Bis zu 6 Jahren 225 gr Abschnitte 41 und 43, und über 6 Jahren je 125 gr Abschn. 41 und 43. Schwerarbeiter: Gr. I 40 gr, Gr. II 130 gr, Gr. III 220 gr. Mütterkarten: 100 gr Abschnitt 908.

ler einen Überblick über die Entstehung, Aufgaben und Leistungen der „Inneren Mission“ in 100 Jahren. In über 900 Anstalten und Werken in Baden werden über 100 000 Hilfsbedürftige von rund 3000 Helfern betreut. Die Anstalten der „Inneren Mission“ sind, sagte er, „Inseln der Liebe im Meer der Not und des Leids“.

Anthroposophie und Christentum

Es ist zweifellos kein Zufall, daß die Anthroposophie in den Jahrzehnten seit der Jahrhundertwende eine ständig wachsende Anhängerenschaft sammeln konnte. Die Erkenntnisse und Anschauungen ihres Begründers Rudolf Steiner kommen dem Wunsche und der Sehnsucht vieler Menschen entgegen. Er sucht neue Synthesen zu schaffen, das geistig-seelische Gut unserer und fremder Kulturen zu vereinen. Das betrifft einmal die Natur- und die Geisteswissenschaft. Die Anthroposophie erkennt hinter den physischen Realitäten übersinnliche, geistige Kräfte, vom Feinstofflichen bis zu den höchsten geistigen Realitäten. Sie zu erkennen und zu erleben, bedarf es der Schulung innerer Organe. Die „Selbsterfahrung“ spielt neben dem Studium des Unbewußten und dem schlußfolgernden Denken eine besondere Rolle. Der wesentliche Unter-

Von Woche zu Woche

Warum so unumstündlich? Schon seit geraumer Zeit zerbröckeln die Einwohner vieler Ortschaften die Köpfe über die Versorgung ihrer Gemeinden mit Milch. Auch in der Öffentlichkeit wurde darüber schon diskutiert, aber die verantwortlichen Ministerien scheinen taube Ohren zu haben.

Ja es ist schon allenthalben Unverständnis über den betreffenden Stellen, wenn sie weiterhin darauf bestehen bleiben, daß sämtliche anfallende Milch täglich in die Milchzentrale nach Freiburg geführt werden muß, um dort entrahmt zu werden. Die Milch für die Bevölkerung der Gemeinden kommt dann, zwar „aufs beste entrahmt“, aber oft auch schon stark mit Säurebakterien durchsetzt (vielleicht auch mit chemischen Mitteln, um das Sauerwerden zu verhindern), an die Gemeinden zurück. Sie wird dort als „entrahmte Frischmilch“ (welch ein Hohn!) und als Vollmilch für Kleinkinder und Kranke ausgegeben.

Das Auftreten verschiedener Krankheitsfälle bei Säuglingen wird nun ärztlicherseits schon auf diese „Rundreise der Milch“ zurückgeführt und Beschwerde dagegen beim Städtischen Gesundheitsamt eingereicht. Es wäre nur zu wünschen, daß die Vernunft auch bei den in dieser Sache verantwortlichen Stellen einmal siegen würde! Denn es kann kaum angenommen werden, daß die Milch durch diese Prozedur für die Allgemeinheit besser verwertet wird. Es liegt vielmehr die Annahme nahe, daß das Ansteigen des Milchpreises auch auf diese Zusammenhänge zurückzuführen ist.

Dieser unbillige Zustand wäre noch zu verstehen, wenn es auf den Landgemeinden keine Möglichkeit geben würde, die Milch zu entrahmen. Die meisten Gemeinden besitzen jedoch eine Milchsammelstelle, die zumeist auch für die Milchentrahmung eingerichtet ist. Also warum so unumstündlich, wenn's einfacher geht?

Was bietet Freiburg?

- Samstag, den 25. September: Städtische Bühnen, Casino: „Der Sejm“, „Der Zaubersaal“ (Einführung), 20 Uhr. — Kommerzsport: „Ein Inspektor kommt“, 19.30 Uhr. — Maria-Hilf-Saal: Corda-Quartett, 19.30 Uhr. Sonntag, den 26. September: Städtische Bühnen, Casino: „Die Dünare“, 20 Uhr. — Kommerzsport: „Der seltsame Schatz“, 19 Uhr. Täglich: Lichtspiele, Casino: „Kinder des Olymp“ — Friedrichshaus: „Die Vergebung“ — Harmonie: „Vom Leben verdammt“ — Union: „Der Graf von Monte Christo“ (II. Teil). Ausspielermessen: Kirchliche Gewand- und Jugend Chören Weuzinger. Paulus-Saal: Französische Architektur und Stipendium.

Studio Freiburg sendet

- Samstag, den 25. September: 8.15: Nachrichten — Morgenmusik, 8.30: Subdienst, 11.45: Nachrichten, 12.15: Mittagskonzert, ausgeführt vom Freiburger Musikklub, Leitung Franz Haack, 12.45: Die Regierung hat das Wort, 14.45: Rumba Unterhaltung zum Samstagabend, 19.30: Die Glocken der Eschbach-Brücke klingen den Sonntag ein. Sonntag, den 26. September: 8.05: Musik zum Sonntagmorgen, 8.45: Religiöse Musik, 9.00: Ausschnitte aus der Feier in der Christuskirche anlässlich des 100-jährigen Bestehens der belidischen Inneren Mission, 10.15: Kirchliche Morgenmusik, es spricht Domkapellmeister Lud. Becker, 10.45: Kirchliche Nachrichten, 11.45: Die Heimkehr, Vortrag: Pater Diego Cilla, 11.30: Sonette der Heimat, 650 Jahre Tetschen, 19.15: Reichold Schneider spricht über das Drama der Unwissenheit zu Paul Claudels Schauspiel „Der seltsame Schatz“, 19.30: Sport zwischen Rhein, Neckar und Bodensee. Montag, den 27. September: 8.15: Nachrichten — Morgenmusik, 8.30: Subdienst, 11.45: Die Viertelstunde für Wittenberg-Hohentoller, 12.45: Der Musikkerker für Baden und Württemberg, 14.30: Subdienst, 18.00: Der seltsame Schatz, 19.15: Festschrift über die 100-jährige Gründung und Entwicklung des Prof. Konrad Gaster, 19.15: Die Bucherziehung im Honor. Musikdirektor Karl Hirtler, 19.30: Sportklub.

Bereitschaftsdienst der Ärzte

Sonntag, 26. September: Frau Dr. Goette, Fachärztin für Innere Krankheiten, Lerchenstr. 6; Dr. Hofner, prakt. Arzt, Hansjakobstr. 72, Tel. 4/3084; Dr. Holbeck, prakt. Arzt, Goethestraße 37, Tel. 2616.

Leitungsredaktion: L. V. Dr. G. Fehrer. Geschäftsstelle: Freiburg, Hildert, 2a (Telefon 2763).

